

# Humanitäre Hilfe

AKTUELLES

## Not und Katastrophen die Stirn bieten

Nach den Erhebungen des Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UNOCHA) benötigten im Jahr 2019 rund 6,3 Millionen Menschen in Afghanistan humanitäre Hilfe. Zu den Ursachen für die prekäre Situation gehören bewaffnete Konflikte sowie stetige Naturkatastrophen wie die dramatische Dürrekrise des vergangenen Jahres. Diese führen in großem Maßstab zu Vertreibung – innerhalb des Landes, aber auch in die Nachbarländer Iran und Pakistan und darüber hinaus.

UNOCHA geht davon aus, dass 2019 etwa 900.000 Menschen in Afghanistan von Binnenvertreibung betroffen sein werden. Allein zwischen Januar und Oktober 2018 wurden etwa 551.000 Menschen innerhalb des Landes vertrieben, mehr als die Hälfte davon Kinder. Dabei ist die Versorgungslage von Binnenvertriebenen oft deutlich schlechter als die der ortsansässigen Bevölkerung. Vereinzelt führt diese Situation zu Konflikten zwischen Gastgemeinden und Vertriebenen.

Gleichzeitig benötigen auch aus Drittländern zurückkehrende Flüchtlinge Unterstützung. Aktuell steigt die Anzahl der Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus dem Iran aufgrund der dortigen wirtschaftlichen Probleme und lag mit rund 670.000 Menschen bis Oktober 2018 bereits höher als im gesamten Vorjahr. Für 2019 geht UNOCHA von etwa 575.000 Rückkehrenden aus dem Iran sowie rund 40.000 aus Pakistan aus. Diese haben oft keine Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien zu sichern und sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Aus diesen Gründen unterstützt die Bundesregierung insbesondere Binnenvertriebene und Rückkehrende mit humanitären Hilfsmaßnahmen in den Bereichen Ernährung, Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie Gesundheit. Zusätzlich engagiert sich die Bundesregierung in der humanitären Katastrophenvorsorge, um das Ausmaß wiederkehrender humanitärer Katastrophensituationen zu verringern.

Afghanistan ist zudem eines der meistverminnten Länder der Welt. Nach Angaben des Direktorats für die Koordinierung der Minenräumung in Afghanistan (DMAC) wurden durch die bewaffneten Konflikte der letzten Jahre hunderte Quadratkilometer\* Land mit Minen und anderen Explosivstoffen kontaminiert. Improvisierte Landminen und Sprengfallen sind dabei besonders problematisch. Besonders letztere werden gezielt gegen die rückkehrende Bevölkerung eingesetzt – oft in Privathäusern und

auf landwirtschaftlichen Flächen. Deshalb unterstützt die Bundesregierung sowohl Projekte zur Räumung von Minen und Kampfmitteln als auch Projekte der Fürsorge für Menschen, die Opfer von Minen und Sprengfallen geworden sind.

Nähere Informationen zu unserer Arbeit im Schwerpunkt Humanitäre Hilfe finden Sie unter der Rubrik "Geschichten" sowie den Projektbeschreibungen.

## UNSERE ARBEIT IM SCHWERPUNKT

### **Gesundheitsversorgung für überlastete Gemeinden**

Seit 2016 sind mehr als 1,6 Millionen afghanische Staatsangehörige, die vor bewaffneten Konflikten und Gewalt nach Pakistan und in den Iran geflohen sind, in ihr Heimatland zurückgekehrt. Viele von ihnen kommen mittellos und können sich nicht wieder in ihrer alten Heimat ansiedeln. Allein in der Provinz Kabul suchten 2016 und 2017 rund 170.000 Personen Zuflucht, weil die Sicherheitslage hier vergleichsweise gut ist und sich bessere Einkommensmöglichkeiten bieten.

(<https://www.ez-afghanistan.de/de/news/4276>)

### **Humanitäre Hilfe für Rückkehrer und Binnenvertriebene**

In den Provinzen Kabul, Kunar, Laghman und Nangarhar summiert sich die Anzahl der Rückkehrerinnen und Rückkehrer sowie der Binnenvertriebenen auf mehr als 1,7 Millionen. Die Provinz Nangarhar an der Grenze zu Pakistan ist hiervon besonders betroffen und nimmt viele der nach Afghanistan zurückkehrenden Geflüchteten auf. Die Gemeinden und Städte sind mit der hohen Anzahl der Schutzsuchenden überfordert.

(<https://www.ez-afghanistan.de/de/news/4275>)

### **Nothilfe für Binnengeflüchtete und Rückkehrer**

Gewaltsame Konflikte und extreme Dürreperioden zwingen die Einwohner Afghanistans immer wieder dazu, ihre Heimat zu verlassen. Eine gravierende Dürre betrifft seit Sommer 2018 viele Landesteile. Insbesondere die Provinz Herat ist davon schwer betroffen. Anbauflächen haben sich vielerorts in karge, unfruchtbare Erde verwandelt. Bauern fahren Missernten ein, Viehhüter verlieren ihre Tiere. Nahrungsmittel werden immer knapper, Einkommensmöglichkeiten fallen weg.

(<https://www.ez-afghanistan.de/de/news/4277>)